

BBM ~ Rainer-Jörg Grube ~ Röttgerstr. 14 30451 Hannover

üstra – Hannoversche Verkehrsbetriebe AG  
Herrn Gunnar Straßburger  
Unternehmensbereichsleiter Stadtbahn  
Postfach 2540  
30025 HANNOVER



Betrifft:

Offene Antwort auf Ihren offenen Brief vom 27.03.12  
zum Interview vom 22.03.12 erschienen in der HAZ -West  
(bisher nur als Word-Dokument über die HAZ übermittelt)

Sehr geehrter Herr Straßburger,

ich bestätige den Erhalt des offenen Briefs, der mir durch die Presse in Form eines Word-Dokuments zugeleitet wurde und den ich bis jetzt weiterhin nicht im Original vorliegen habe! Sie sehen mich angesichts dieser manipulativen Übermittlung sichtlich erstaunt und auch massiv verärgert. – Wie Sie wissen hatte ich Sie nicht um eine Kommentierung meines Interviews oder eine Belehrung zum Thema gebeten und ordne dies daher, wie die vielen weiteren Versuche, als unzulässige Beeinflussung der Politik seitens der Üstra ein. So wie Sie unlängst den ehemaligen Bereichsleiter und U-Bahn Chefplaner (Scheel)Hasen vor Ostern faule Eier als „Kompromiss“ verteilen lassen oder wie Sie bei mir, Kritiker zu diskreditieren suchen. – Aber es passt letztlich leider ins Konzept der Üstra sich unzulässig in die öffentliche Meinungsbildung einzumischen und die demokratischen Verhältnisse zu verkehren, in denen ja eigentlich Politik die Verwaltung und kommunalen Unternehmen kontrollieren sollte. Und nicht wie durch die Üstra praktiziert, umgekehrt, bezahlte Aufsichtsratsmitglieder marionettengleich in den Gremien Unternehmenspolitik umzusetzen versuchen, sich dabei gern als Bürger tarnend oder auch als Verkehrsexperten verkaufend.

Die Üstra kann gern auf Anfragen reagieren und hat ansonsten eigentlich nur politische Vorgaben umzusetzen. Die Üstra hat sich inzwischen so verselbständigt, dass sie nun die Politik vor sich herreibt. Sie läuft dabei allerdings Gefahr, sich in die Nähe der Entscheidungsfindung von Bananenrepubliken zu bewegen und sollte sich meines Erachtens zeitnah und dringend auch in der Unternehmensleitung den Grundsätzen von „Transparency International“ ([www.transparency.de](http://www.transparency.de)) unterwerfen.

So ist der Brief an mich aber auch nur folgerichtig - hat sich die Üstra doch seit Jahrzehnten nicht um die Belange der Fahrgäste in Hannovers Westen gekümmert und nimmt bis heute gar in Kauf, dass man hier nur noch von der „Strapazenbahn“ spricht. So muss man doch nun zügig und konsequent eine Kritik daran unterbinden, sei es denn

unter Zuhilfenahme des „Üstra Chefdiplomaten mit nordkoreanischer Ausprägung“ (wie Sie mir durch einen Fachkollegen der Region augenzwinkernd beschrieben wurden).

Wie anders wäre die Schlussbemerkung ihres Schreibens sonst zu verstehen „Wir würden uns freuen, wenn Sie in Zukunft unsere sachlichen Argumente in der Diskussion und im Meinungsbildungsprozess berücksichtigen.“ – Ich verstehe ihn als zugegeben sehr zynisches Denkverbot für andersdenkende und Sie erreichen damit - zumindest bei mir - das Gegenteil des Erwünschten, also sicher keinen Maulkorb!

### **Zum den thematischen Inhalten Ihres Schreibens:**

Auch ich glaube, „dass ein Bürgerentscheid in der Region Hannover zum Thema Hochflur/Niederflur auf der Linie 10 eine große demokratische Chance und Herausforderung darstellt“, bezweifle aber die Bereitschaft und notwendige unabhängige Fähigkeit der Üstra, „sachliche Informationen an die Wahlberechtigten zu geben, damit der Wähler diese für sich abwägen kann“. – Beste Belege dafür liefert der übermittelte Brief selbst, aber z. B. auch die einseitigen Äußerungen des Herrn Jagau (in seiner Doppelfunktion als Regionspräsident und Üstra Aufsichtsratsvorsitzender, m. E. eigentlich zu einer objektiven Neutralität verpflichtet) zum Thema, oder beispielsweise auch die Antworten die dem Bezirksrat unlängst mittelbar über die Region auf sachliche Fragen gegeben wurden.

### **Die Üstra sollte sich im Vorfeld der Befragung einer weiteren unzulässigen Beeinflussung enthalten.**

**Zu 1.:** Ich habe mich seit 15 Jahren mit den Üstra Plänen im Westen der Stadt beschäftigt und halte mich für entsprechend informiert und hoffe besonders bei Ihnen und in Ihrer Position auf Sachverstand zu treffen. Erkennen kann ich den in den getroffenen Aussagen leider nicht oft.

Ich hoffe Sie wissen das es Niederflurbahnen seit 100 Jahren (1911) gibt und das sie im letzten Jahrhundert durchgehend auch in Deutschland betrieben wurden; **wissen Sie dies tatsächlich nicht, erklärt das allerdings viele getroffene Entscheidungen, so wie das provinzielle Denken des Unternehmens und stellt auch ihre Qualifikation in Frage.**

1.2) 1965 ist nicht die Entscheidung für ein Hochflursystem gefallen, sondern für ein modernes Straßenbahnsystem mit Klapptrittstufen. In den wenigen Tunnelstationen ging es zwar höhengleich auf den Bahnsteig, dann war aber schon bei vielen U-Stationen barriere technisch Schluss, da nur an ausgewählten Stationen Aufzüge und Rolltreppen eingebaut wurden. Die vielen oberirdischen Haltestellen waren alle ebenerdig, die Bahn wurde über die Klapptrittstufen erklettert. Erst mit neuen Linien Ende der 1970er Jahre kamen die ersten Hochbahnsteige. Der erste nachträgliche Hochbahnsteig wurde 1991 Am Brabrinke gebaut. Sie suggerieren, Hochbahnsteige seien geplant gewesen. Es gab aber seinerzeit keinen Beschluss zum vollständigen Bau von Hochbahnsteigen.

1.3) Den Beschluss 1991/1992 kenne ich nicht. Aber die Tieferlegung der Tunnelhaltestellen hätte ca. 150 Mio. EUR gekostet, zusätzlich hätten die bereits gebauten 18 Hochbahnsteige wieder rückgebaut werden müssen. Und es hätten die Fahrgäste bis zum Kauf von neuen Straßenbahnen im Tunnelsystem Stufen klettern müssen. Ein Umbau wäre aber mit rund 200 Mio. erheblich billiger gekommen, die Kosten wären allerdings in kürzerer Zeit fällig gewesen. Kurz: man wollte den Umstieg nicht! Denn man hätte sich so den Grundfehler der Bahn eingestehen müssen und mit dem Umbau der Tunnelstationen wäre der laufende Verkehr gestört worden. Ein Sachzwang folgt/e schließlich dem nächsten. Sie behaupten, es seien die Kosten gewesen, versäumen aber das zu belegen.

1.4) Die Frage sei erlaubt: Warum ist Hannovers Nahverkehr dann teurer als andere Städte? Wer hat alles bezahlt? Welchen Anteil haben die U-Bahn und die Hochbahnsteige an Hannovers Schulden?

**Zu 2.:** Im Interview wurde von den „fünf Varianten von Niederflursystemen“ gesprochen, von mir aber explizit die „Niederflurhaltestellen“ gemeint, denn hierin liegt die von mir kritisierte Manipulation durch die Nutzung der teuersten Variante (die Sie aber ja sicher kennen, siehe auch Ende dieses Abschnitts). Weiter muss ich Sie hoffentlich nicht auf das sehr große Unbehagen hinweisen, was das manipulative Kaputtrechnen der Niederflurvariante im Systemvergleich besonders auch bei Fachleuten, in der Bevölkerung und der Presse hinterlassen hat. – So wirft der Verband der Stadt- und Raumplaner, Architekten und Ingenieure (SRL) dem Gutachten eine einseitige Berechnung zu Lasten von Niederflur vor (siehe: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/uebersicht/Harte-Kritik-an-Uestra-Gutachten>). Das Gutachten hat wissentlich zu hohe Niederflurbahnen ausgewählt, Kosten wie Aufweitung, Schienenverlegungen und unnötige zusätzliche Bushaltestellen eingerechnet, Videos zu Lasten der Niederflurbahnen manipuliert und die Berechnung zudem von keinem unabhängigen Unternehmen, sondern einer Tochtergesellschaft durchführen lassen.

**Zu 3.:** Sie bestätigen hier letztlich den von mir bemängelten Fakt der schon heute fehlenden Netzflexibilität, ohne ihn aber zu entkräften. – Ich hoffe, Ihnen ist trotz der einseitigen Üstra-Sicht nicht entgangen, dass durch die Niederflurbefürworter in puncto Flexibilität mit VCD-Hilfe Alternativen aufgezeigt wurden (Niederflurpapier). Die Engpässe und Störungen im A-Tunnel würden hingegen zunehmen, wenn ein Teil der Linie 10 in den Tunnel geführt wird. Bei Netzerweiterungen nach Hemmingen etc. und Taktverdichtungen ist der Tunnel an seiner Kapazitätsgrenze. Und die Expresslinie ist schließlich gar keine, denn sie ist später am Hauptbahnhof als eine oberirdische Linie den Bahnhof erreicht.

**Zu 4.:** In drei Jahren wären erst zwei Hochbahnsteige gesetzt, Küchengarten und Offensteinstraße. Bei Niederflur sind alle Bahnen sofort einstiegsbereit. Auch eine beschleunigte Beschaffung wäre möglich, den politischen und unternehmerischen Willen vorausgesetzt! – Und Sie wissen bestens was zeitlich möglich ist, wenn man es denn nur will! Ein gutes und auch weiteres manipulatives Beispiel dafür wird gerade an anderer Stelle betrieben: Die Entfernung der Schienen in der Hindenburgstraße, die dort seit deutlich mehr als 22 Jahren nutzlos liegen, aber trotz vielfachen Wunsch des Bezirksrats in dieser langen Zeit nicht entfernt wurden. – Nun geschieht das eiligst durch die Infra, allerdings nur in einem kurzen Teilstück zwischen Scharnhorst- und Ellernstraße und zerstört damit die noch vorhandene Verbindung. Ein Schelm wer eine Zusammenhang sieht zwischen den diskutierten Niederflurnetzerweiterungen und der diesbezüglichen Nennung dieses Schienenstrangs im Zusammenhang mit einer Verlängerung des Endpunkts des gegenüberliegenden Endpunkt „Platz der Kaufleute“? Nein, denn es ist ein weiterer Baustein der Üstra/Infra zur Erschwerung der Niederflurdiskussion.

**Zu 5.:** Entgegen der Ihnen eigenen Art Aussagen umzudeuten und aus dem Zusammenhang zu ziehen, muss ich schon richtigstellen das ich nicht in Frage stelle, warum die Bürger der Region befragt werden sollen. Gefragt und geantwortet wurde:

***Wagen Sie eine Prognose, wie die Bürgerbefragung ausgeht?***

*Nein. Aber ich hab' kein gutes Gefühl dabei. Prinzipiell bin ich für Bürgerbefragungen, aber sie sollten die Politik ergänzen, nicht ersetzen. Die Leute in Burgdorf haben doch ihre Regionsabgeordneten nicht gewählt, damit die ihnen Entscheidungen aufbürden, mit denen sie gar nichts zu tun haben.*

Ich habe keineswegs Angst vor einer regionsweiten Befragung und sehe ihr gespannt und gelassen entgegen! Vorbehalte habe ich eher gegen weitere unzulässige und einseitige Einflussnahmen der Üstra, besonders wenn sie unlegitimiert finanziert werden. Und Ihr Schreiben der Üstra zeigt ja genau diese unzulässige Parteinahme. Es stellt sich daher sehr ernsthaft die Frage, wie die Spielregeln vor der Befragung aussehen sollten und von wem sie verbindlich festgelegt werden.

Wie Sie hoffentlich wissen, übe ich die ausgesprochen zeit- und arbeitsintensive Funktion des Bezirksbürgermeisters ehrenamtlich aus. Ich würde Sie daher ersuchen den Briefwechsel mit dieser Antwort zu beenden, da ich nicht über die Ressourcen verfüge mich an Mitarbeitern der Üstra Geschäftsleitung abzuarbeiten.

Ich danke für den Gedankenaustausch, wenn auch nur mit mir bereits längst bekannten Sichtweisen und verbleibe,

mit freundlichen Grüßen Rainer-Jörg Grube

Bezirksbürgermeister  
Stadtbezirk 10 / Linden - Limmer

